

<b>Beschlussvorlage</b>	Drucksache-Nr.:
<b>der Kreisverwaltung Segeberg</b>	<b>DrS/2013/160</b>

Fachdienst Kreisplanung

Datum: 28.10.2013

Beratungsfolge:

Status	Sitzungstermin	Gremium
Ö	26.11.2013	Werkausschuss
Ö	27.11.2013	Ausschuss für Umwelt-Natur- und Klimaschutz
Ö	05.12.2013	Kreistag des Kreises Segeberg

Endgültige Entscheidung trifft: Kreistag des Kreises Segeberg

### **Emissionsarme Mobilität in der Kreisverwaltung Segeberg**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Werkausschuss und der UNK empfehlen, der Kreistag beschließt

1. Anschaffung eines Renault ZOE in Kreis-Optik als Zusatzwagen über eine 30 monatige Testphase
2. Errichtung einer öffentlichen Elektrotankstelle vor dem Kreishaus
3. Austausch der veralteten Dienstfahräder gegen neue Modelle in Kreisoptik
4. Anschaffung eines Pedelecs für die Kreisflotte in Kreisoptik
5. Planungsauftrag zur Errichtung weiterer Fahrradstellplätze
6. Bevorzugung von (Plug-In-) Hybridmodelle bei Neuausschreibung von Limousinen

## **Sachverhalt:**

Das Klimaschutzkonzept des Kreises zeigt, dass der Verkehrssektor die größten CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale von allen Sektoren bietet. Gleichzeitig steht die Umsetzung hier vor besonders hohen Herausforderungen, bestehende Mobilitäts-Gewohnheiten zu verändern. Die Kreisflotte trägt zu einem signifikanten Teil zu den Emissionen des Kreises bei und ist gleichzeitig durch die Präsenz auf den Straßen ein öffentliches Aushängeschild. Klimaschutzmaßnahmen sind hier daher besonders sichtbar und entfalten eine hohe Multiplikatorwirkung. Daher ist es sinnvoll, wenn der Kreis sich ein langfristiges Ziel setzt, um die Entwicklung hin zu einer emissionsarmen und klimafreundlichen Mobilität aktiv zu unterstützen, wie dies auch schon mit dem Klimaschutzkonzept verabschiedet wurde (Maßnahme KE 4). Eine Einschätzung der Einsatzmöglichkeiten von Elektrofahrzeugen in der Kreisflotte ist in Anlage 1 dargestellt.

Die Umsetzung der genannten Ziele soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden.

### 1. Anschaffung eines Elektrofahrzeugs (Renault Zoe)

Für die Kreisflotte soll ein Elektroauto (Renault Zoe) angeschafft werden. Zum einen, um die Vorbildfunktion des Kreises zu erfüllen, zum anderen, um den praktischen Nutzen zu erproben. Einige Nachbarkreise tun dies bereits mit Erfolg. Eine verwaltungsinterne Umfrage hat dazu ergeben, dass die Mitarbeiter mehrheitlich die Integration eines Elektrofahrzeugs in die Kreisflotte befürwortet haben (siehe Anlage 2).

Die Investition ist mit ca. 2450,-€/a für Fahrzeug sowie einmalig 1000,-€ für Ladetechnik (in Garage/Carport) überschaubar.

### 2. Öffentliche Ladestation vor dem Kreishaus

Um die Elektromobilität voran zu treiben ist es erforderlich, eine entsprechende Ladeinfrastruktur zu schaffen.

Vor dem Kreishaus soll eine Ladesäule errichtet werden, die zum einen für jedermann frei zugänglich ist, zum anderen für kurzes Zwischenladen des Flottenfahrzeugs genutzt werden soll. So ist eine maximale Öffentlichkeitswirksamkeit gegeben.

Einmalige Kosten hierfür ca. 10.000,- €.

### 3. Ersetzen der beiden veralteten Dienstfahräder durch hochwertige neue Fahrräder

Die vorhandenen, ca. 20-30 Jahre alten Fahrräder sind zwar technisch in Ordnung, aber nicht flexibel genug einsetzbar. Beispiele: große Personen stoßen in Kurven mit den Knien an den Lenker, der Sattel lässt sich nicht hoch genug stellen, Bremsen nicht mehr zeitgemäß, Gänge springen teilweise heraus (3-Gang).

Hochwertige moderne Räder ermöglichen ein schnelleres Vorankommen und motivieren dazu deutlich mehr zu einer Fahrt. Vermehrte Dienstfahrten mit dem Fahrrad hätten neben dem Umweltaspekt auch einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Mitarbeiter.

Die Kosten werden mit 1000,-€ pro Fahrrad incl. Zubehör wie z.B. Aktentaschen und Beschriftung angesetzt.

### 4. Anschaffung eines Pedelec für die Kreisflotte

Eine Mitarbeiterumfrage hat aktuell ergeben, dass ca. 40% der Befragten zumindest gelegentlich ein Pedelec für Ihre Dienstfahrten (bis 10km) nutzen würden (siehe Anlage 2). Dies hätte neben dem Umweltaspekt auch einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Mitarbeiter. Das theoretische Potential für Dienstfahrten mit dem Pedelec wird in Anlage 1 beschrieben. Gerade bei kurzen Strecken ist der zeitliche Vorteil bei Pkw-Nutzung oft nicht gegeben oder nur relativ gering.

Die Kosten belaufen sich auf ca. 2000,-€ für das Fahrrad. Als Ladestation kann die o.g. Ladetechnik sowie eine normale Steckdose genutzt werden.

5. Zusätzliche Stellplätze für Fahrräder am Kreishaus

Eine steigende Anzahl von Mitarbeitern nutzt das Fahrrad als Verkehrsmittel der Wahl für die Fahrten zwischen Heim und Arbeitsplatz. Dies ist sowohl aus Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten, als auch aus gesundheitlichen Erwägungen erfreulich. In der Folge sind die vorhandenen Fahrradabstellanlagen vor Kreishaus B regelmäßig hoch ausgelastet und waren im Sommer 2013 zeitweise überfüllt. Dies macht deutlich, dass weitere Stellplätze in unmittelbarer Nähe benötigt werden, um den positiven Trend aufrecht zu erhalten. Auch der Aspekt der Sicherheit von Abstellplätzen sollte hierbei berücksichtigt werden.

- a. Es wird vorgeschlagen, die Planung für neue Fahrradstellplätze im Jahr 2014 abzuschließen
- b. Die Umsetzung soll im Jahr 2015 erfolgen
- c. Finanzielle Auswirkungen werden entsprechend für den Haushalt 2015 erwartet und auf Grundlage der Planung in 2014 abgeschätzt.

Die o.g. Zeitrahmen stellen ein Optimum dar. Realistischer wäre eine Planung in 2015 sowie Realisierung in 2016.

6. Umstellung der Limousinen auf (Plug-In-) Hybridmodelle bei Neuausschreibung (unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit)

Für Langstreckenfahrten werden Fahrzeuge mit ausreichender Reichweite und entsprechendem Komfort benötigt, reine Elektrofahrzeuge erfüllen diese Anforderungen in der Regel nicht. Allerdings stehen im gehobenen Segment verschiedenen Hybrid- und Plug-In-Hybrid-Modelle (zusätzlich über das Stromnetz ladefähig) zur Verfügung, die in der Regel niedrigere CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen, als vergleichbare Standardmodelle.

- a. Es wird vorgeschlagen, Hybrid- und Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen bei Neuausschreibungen im Rahmen der wirtschaftlichen Vertretbarkeit zu bevorzugen.
- b. Maximale Mehrkosten können als Ausschlusskriterium in die Ausschreibung aufgenommen werden.

Anmerkung:

Ein wirtschaftlicherer Betrieb von Hybridmodellen im Vergleich zu den aktuellen Limousinen wird momentan durch die von den Herstellern angebotenen Sonderkonditionen erschwert. Die Möglichkeit sollte aber bei Neuausschreibungen erneut geprüft werden.

Aus zeitlichen Gründen ist die Befassung des Werkausschusses am 26.11.2013 zwingend notwendig, da der Beschlussvorschlag das Budget 2014 der ISE und des Kreises Segeberg betrifft. Der UNK tagt unglücklicherweise einen Tag später, am 27.11.2013. Die Verwaltung erwartet, dass der UNK eine positive Empfehlung abgibt. Da aufgrund der Terminsetzung eine Erstbehandlung durch den UNK nicht möglich ist, wird um eine vorgezogene Entscheidung des Werkausschusses gebeten.

### Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja:

Darstellung der einmaligen Kosten, Folgekosten

1. 3.500 Euro für 2014 (Siehe Anlage 3) – (ISE)
2. 10.000 Euro einmalig – (ISE)
3. 2.000 Euro einmalig – (ISE)
4. 2.000 Euro einmalig – (ISE)
5. Erst 2016
6. Bei nächster Ausschreibung

Mittelbereitstellung

Teilplan:

In der Ergebnisrechnung

Produktkonto:

In der Finanzrechnung investiv

Produktkonto:

Der Beschluss führt zu einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro  
(Der Hauptausschuss ist an der Beschlussfassung zu beteiligen)

Die Deckung der Haushaltsüberschreitung ist gesichert durch

Minderaufwendungen bzw. -auszahlungen beim Produktkonto:

Mehrerträge bzw. -einzahlungen beim Produktkonto:

### Bezug zum strategischen Management:

Nein

Ja; Darstellung der Maßnahme

### Anlage/n: